

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Sechs Milliarden Euro Entlastung für Länder

Der Bund wird die Bundesländer in der laufenden Legislaturperiode um sechs Milliarden Euro entlasten, damit diese die Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen gewährleisten können. Dies hat die Bundesregierung kürzlich in ihrer Antwort auf eine sogenannte Kleine Anfrage einer Oppositionsfraktion mitgeteilt.

Über diese Zahlungen hinaus verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die Zukunftsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt zu sichern. Die Überlegungen zur konkreten Ausgestaltung dieser Pläne sind derzeit noch nicht abgeschlossen. In diesem Zusammenhang machte die Bundesregierung noch einmal deutlich, dass die Handlungsfähigkeit der Länder und Kommunen ein zentrales Anliegen ihrer Arbeit in dieser Legislaturperiode ist. Deshalb wurde im Koalitionsvertrag beispielsweise auch die Einrichtung einer Kommission zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern vereinbart. Insbesondere die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren leider häufig als unzuverlässiger Partner der Kommunen erwiesen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!



Auch wenn wir in außenpolitisch bewegten Zeiten mit besorgniserregenden Entwicklungen leben, liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit doch immer bei den konkreten Bedürfnissen der Menschen in unserem Land. Wir halten Wort und enttäuschen das in uns gesetzte Vertrauen nicht: Die Familienarbeit für vor 1992 geborene Kinder als Beitrag zum Bestand der Rentenversicherung wird in verbesserter Weise anerkannt. Vor allem Mütter erhalten einen zusätzlichen Rentenpunkt. Die Ausweitung der Mütterrente, die zum 1. Juli 2014 wirksam wird, unterstreicht die zentrale Rolle der Familie für den Generationenvertrag.

Zur Flankierung der Rente mit 67 wird im Bereich der Renten wegen Erwerbsminderung auf die Anhebung der Altersgrenzen reagiert. Diese werden an die Erhöhung der Altersgrenzen angepasst und das Absicherungsniveau von Erwerbsminderungsrentnern verbessert. Zur Wiederherstellung von Gesundheit und Leistungskraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird Vorsorge dafür getroffen, dass ausreichend Finanzmittel für die berufliche und medizinische Rehabilitation zur Verfügung stehen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die besonders lange gearbeitet haben, sollen die Möglichkeit bekommen, mit 63 Jahren und nach 45 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente gehen zu können. Dies darf aber nicht dazu missbraucht werden, Frühverrentungen zu ermöglichen. Deshalb muss es in den parlamentarischen Beratungen an dieser Stelle noch zu Veränderungen am Gesetzentwurf kommen. Qualifizierte Mitarbeiter sind für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ein Schlüsselfaktor für das wirtschaftliche Leistungsvermögen. Wir wollen anerkennen, dass Menschen auch ein Interesse daran haben können, länger erwerbstätig zu sein. Wenn der Arbeitsmarkt mitspielt – und davon ist wegen des Fachkräftemangels auszugehen – wäre die Beseitigung der Hindernisse zur Flexibilisierung des Renteneintritts der beste Lösungsansatz für die anstehenden Herausforderungen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr
Helmut Brandt MdB

**Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen**

Frühjahrsbelegung des Arbeitsmarkts auf Rekordniveau

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich auch zu Beginn des Frühjahrs in einer guten Verfassung. Das belegen die neuesten Daten der Bundesagentur für Arbeit. Dazu erklärt mein Kollege und arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling MdB:

„Der Arbeitsmarkt erlebt im März mehr als nur die übliche Frühjahrsbelegung. Denn auch die gute Entwicklung der deutschen Konjunktur ist am Arbeitsmarkt erfreulich und deutlich abzulesen: Die Arbeitslosenzahlen gehen zurück, und die Zahl der Jobs wächst weiter auf Rekordniveau an. Dies ist erneut ein klarer Beleg für die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik unter Führung der Union. Denn dieser Aufwärtstrend wirkt konstant, seitdem die Union in Regierungsverantwortung ist.

Deshalb ist es wichtig, bei allen notwendigen Reformen und neuen Initiativen in der Arbeitsmarktpolitik mit besonderem Augenmaß und besonderer Verantwortung zu Werke zu gehen. Menschen in Lohn und Brot zu bringen und gute Jobs mit einer guten Perspektive zu schaffen, genau das muss die Richtschnur allen Handelns bleiben. Zu guten Jobs gehören zweifelsohne auch faire Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung – auch in denjenigen Bereichen, für die noch keine tariflichen Untergrenzen definiert sind. Deshalb übernimmt der Mindestlohn hier eine wichtige Ergänzungsfunktion zur bewährten Tarifautonomie. Diese Ergänzungsfunktion darf jedoch nicht zu Fehlanreizen führen. Zum einen dürfen Mindestlöhne keine Jobs gefährden. Zum anderen dürfen Mindestlöhne junge Menschen nicht dazu verleiten, dass sie sich nach Ende der Schulzeit zunächst für einen „schnellen Euro“ anstatt zu einer guten, soliden Ausbildung entschließen. Das Durchschnittsalter bei Ausbildungsbeginn hat inzwischen 20 Jahre erreicht. Hier liegt eine besondere Verantwortung, Fehlanreize für junge Menschen zu vermeiden, die eben noch keine Berufsausbildung begonnen und abgeschlossen haben.

Verantwortungsvolle Arbeitsmarktpolitik bedeutet, dass möglichst jeder eine möglichst hohe berufliche Qualifikation erhält. Qualifikation ist der Garant für sichere Beschäftigung und gute berufliche Perspektiven fürs ganze Leben. Zudem ist Qualifikation eine der zentralen Voraussetzungen, um dem Fachkräftemangel in unserem Land wirkungsvoll zu begegnen.“

Öffentliche Schulden gehen zurück

Laut Zahlen des Statistischen Bundesamts waren Bund, Länder und Kommunen in Deutschland Ende 2013 mit 2.043,7 Milliarden Euro verschuldet. Das sind 28 Milliarden (1,4 Prozent) weniger als Ende 2012.

Die Schulden des Bundes sanken um 0,6 Prozent auf rund 1.281 Milliarden Euro. Bei den Ländern gab es einen Rückgang um 3,1 Prozent auf 628,7 Milliarden Euro. Die Verschuldung der Kommunen blieb mit 133,6 Milliarden Euro nahezu unverändert, obwohl die Kommunen in den Ländern Hessen und Niedersachsen durch Entschuldungsfonds entlastet wurden. Auf Bundes- und Länderebene geht der Rückgang vor allem auf den Portfolioabbau der Bad Banks (FMS Wertemanagement und „Erste Abwicklungsanstalt“, EAA) zurück, die dadurch ihre Bilanzsumme und ihren Schuldenstand reduzieren konnten.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 7
07/14
04. April 2014

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de
[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)